

LNG-Terminal: Bürgermeister kritisieren Schwesig

In einem offenen Brief fordern sie mehr Transparenz und ein endgültiges Aus des Projektes vor der Bäderküste der Insel.

Von Anne Ziebarth

Binz. In einem offenen Brief an Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) haben viele Bürgermeister auf Rügen jetzt ihrem Unmut über die geplante Flüssigerdgas-Station vor der Bäderküste Luft gemacht. „Rügen muss endgültig von der LNG-Agenda der Landes- und Bundesregierung gestrichen werden!“, so die Forderung in scharfem Ton. „Verhindern Sie mit aller Kraft, dass unsere einzigartige Natur, unser Wohlstand und unser friedliches Miteinander irreparabel zerstört werden.“

Damit reagieren die Bürgermeister auf die letzte überraschende Wendung in der Geschichte um das geplante Terminal. Am Wochenende war eine Arbeitsplattform vor der Küste

aufgetaucht, die bereits für den LNG-Terminalbau in Wilhelmshaven zum Einsatz kam. „Vollendete Tatsachen“, vermuteten die einen; „Erkundungsfahrten“, beeilte sich das Unternehmen

RWE den Sachverhalt zu erklären.

Das kann die Stimmung bei den Gemeindeoberhäuptern auf der Insel allerdings nicht mehr entspannen. „Sie haben kürzlich

dem Terminalstandort direkt vor Rügens Küste öffentlich widersprochen“, heißt es in dem Schreiben, das von den Bürgermeistern und Kurdirektoren aus Sellin, Baabe, Binz, Mönchgut und dem Stralsunder Oberbürgermeister Alexander Badrow unterzeichnet ist. „Dennoch beginnen nun genau vor unseren Augen an dieser Stelle mit schwerem Gerät klammheimlich die Vorarbeiten. Damit werden an uns allen vorbei Fakten geschaffen.“

Man erkenne an, dass sich das Land MV für die Energieversorgung der Bundesrepublik Deutschland engagiert. Das dürfe jedoch nicht um jeden Preis gemacht werden. „Mit dem Bau und Betrieb von LNG-Terminals vor Rügen fällt unsere Heimat zum Opfer“. Die Situation auf Rügen

im Kontakt mit der Bevölkerung werde jeden Tag schwieriger, aufgrund der LNG-Pläne ringe man „um unsere demokratische Grundfeste“, so der offene Brief. „Tag für Tag verteidigen wir auf Rügens Straßen die Demokratie und damit auch die Politik und Politiker, deren Vorhaben wir eigentlich strikt ablehnen. Bedauerlicherweise noch verstärkt durch das intransparente und zögerliche Verhalten in Schwerin und Berlin.“

Zwar hatte sich Ministerpräsidentin Manuela Schwesig am 14. März vom Vorhaben distanziert, die Station direkt vor Rügens Küste errichten zu wollen. Eine klare Botschaft der Bundespolitik gab es aber bis zuletzt nicht. „Man prüfe noch“, hatte es zuletzt vom Bundesministerium auf Medienanfragen geheißen.



Die Offshore-Arbeitsplattform „JB 119“ lag am Wochenende vor dem Ostseebad Sellin auf der Ostsee.

FOTO: STEFAN SAUER